

Die „Arbeiter“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Ost- und Westpreußen 4,65 M., bei Zustellung unter Straßband für Deutschland 4,50 M., für Ausland 7,50 M., per Brief 12,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Grenzprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate sollen die achtspaltige Normzeile über deren Raum 1,20 M., Wortanzahl das Zeitungsblatt 20 Pf., jedes weitere Wort 14 Pf., Gesamtanzahl/Tag 20 Pf., Bei Familien- u. Werbeanzeigen zählt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Grenzprecher: Amt Norden 9768

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Münchener Arbeiter gegen die Militärherrschaft.

Der Streik der Münchener Gegenrevolutionäre.

T. U. München, 1. November.

Der Konflikt, der zwischen den Organisationen der Münchener Arbeitererschaft und den militärischen Stellen infolge des Erlasses des Truppenkommandos der Reichswehr ausgebrochen ist, hat nach keine Lösung gefunden. Durch das Truppenkommando waren in einer unartig schroffen Form und in der Kommandoform vergangener Zeiten für die Abhaltung der Revolutionsfeier Einschränkungsbestimmungen erlassen. Versammlungen wurden nur in geschlossenen Räumen und ausschließlich für den Vormittag des 9. November genehmigt. Die sozialdemokratische Partei hatte daraufhin, wie bereits berichtet, gegen die Militärdiktatur scharfen Protest erhoben, und die Unabhängigen hatten für den 7. November, der für Bayern als Geburtsstag der Revolution zu gelten hat, den Demonstrationstreik angekündigt. Die Vorstellungen, die von den Arbeiterorganisationen bei den militärischen Stellen erhoben wurden, haben das Truppenkommando, wie es demittel, nicht veranlassen können, von seinen durch reichliche Ueberlegung verfügten Maßnahmen abzugehen. Die Behauptung, daß die Verfügung ohne jede Besprechung über Verständigung mit der zuständigen Regierungsbehörde ausgeprochen sei, sei selbstverständlich vollkommen aus der Luft gegriffen. Dieser Darstellung gegenüber stellt die Münchener Post fest, daß weder der Ministerpräsident noch der in erster Linie zuständige Minister, der Junger von der Verfügung in Kenntnis gesetzt wurde, sie also auch nicht gebilligt hätten. Der sozialdemokratische Minister des Innern sei zur Zeit des Erlasses von München abwesend gewesen. Weiter beschäftigte sich ein Ministerialrat mit der Angelegenheit. Inzwischen hat eine Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei die Vorhandlung beauftragt, durch Anwendung aller Möglichkeiten die Zurücknahme des Erlasses zu erreichen. Die Gewerkschaften beschließen eine Resolution, wonach die Unterbindung der freien Meinungsäußerungen durch Maßnahmen, die nach dem Geist der Militärherrschaft diktiert seien, die Arbeitererschaft zwingen, zu ihrer stärksten Waffe zu greifen.

Rücktritt der bayerischen Regierung gefordert.

Der „Neuen Berliner“ wird aus München gemeldet: Die mehrheitssozialistische „Münchener Post“ konstatiert die „Einheitsfront des Münchener Proletariats gegen die Militärdiktatur“ und fordert den Rücktritt einer Regierung, die derartige Erträge. Die Gewerkschaften drohen mit dem Generalstreik und haben bereits eine darauf hingelende Entschlieung angenommen. Auch die Betriebsräte haben sich dem Protest angeschlossen. Sie schlagen für die Feier den 8. November vor.

Von den bolschewistischen Fronten.

Bolschewistische Erfolge.

H. N. Moskau, 1. November.

Der letzte Heeresbericht der bolschewistischen Regierung teilt mit, daß mehrere der roten Truppenabteilungen innerhalb von drei Tagen unter heftigen Kämpfen in der Gegend von Buzja vierzig Werst vorwärts gekommen sind. Auch in der Richtung auf Kiew haben die roten Truppen auf neue Fortschritte zu verzeichnen. Desgleichen nordwestlich von Strugbielen. Auf der Südfront wurde ein Angriff des Feindes niedergeschlagen; auch in dem Gebiet von Kiew hat der Feind einen erfolgreichen Angriff unternommen. Die roten Truppen haben mit Erfolg ihre Offensive fortgesetzt und 10 Werst südlich von Fmionow Stellungen erreicht. Im Abschnitt von Woronisch hat die rote Kavallerie nach heftigen Kämpfen gegen eine erhebliche feindliche Reiterabteilung diese Truppen zurückgeworfen und Kriegsgefangene gemacht.

Delfingford, 31. Oktober.

Die Nordwestarmee gab an der Pleskaufront weiteres Gelände preis. Auch nördlich von Gatschina wird der Rückzug dieser Armee fortgesetzt. Die Bolschewisten greifen fortgesetzt heftig an. Das englische Geschwader hat mit Hilfe von Fliegern erneute Angriffe gegen Krasnoje Worla unternommen.

London, 30. Oktober. (Neuer.)

Das Kriegsamt teilt mit, daß eine ganze rote Truppenabteilung in die Lücke zwischen der Nordwestarmee und der Britischen Armee südlich von Rospitz eingedrungen ist. Ein Gegenangriff unter General Villiani stellte die Lage wieder her, damit die durch die Lücke marschierende bolschewistische Kolonne abvermehrt sie und machte 1500 Gefangene. Villiani rückt jetzt nach Krasnoje Gelo vor. Die Meldung, daß Judenitsch Gatschina geräumt hat, stellt sich als unrichtig heraus.

Der New Yorker Hafenarbeiterstreik.

H. N. Washington, 1. November.

Seit dem 15. Oktober ist wegen des Streiks der Hafenarbeiter keine Post nach Europa abgegangen. 60 000 Postfäße und 11 000 Postpakete liegen bereit, doch kann keines von den 15 Postlager Schiffen und den 637 Frachtschiffen, die jetzt im New Yorker Hafen liegen, ausfahren. Nach einer anderen Meldung soll der Hafenarbeiterstreik abflauen. Am Freitag sollen 10 000 Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Vorbeugungsmaßnahmen.

Amsterdam, 1. November.

„Telegraaf“ meldet aus Washington, daß Amerika die Kohlenausfuhr verbieten hat.

Die Arbeitskonferenz.

Die deutsche Delegation für Washington.

Die Liste der deutschen Delegierten steht nun endgültig fest. Als offizielle Regierungsvertreter reisen: Staatssekretär a. D. Dr. August Müller, Reichsminister a. D. Rudolf Wissell; als Vertreter der Gewerkschaften der Herrl. Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Grahnmann; als Vertreter der Unternehmerorganisation Direktor Regenbogen, Kiel; als Sachverständige reisen mit von Seiten der Regierung Geheimere Oberregierungsrat Dr. Lehmann, Geheimere Regierungsrat Dr. von Lewinski, Professor Dr. Ernst Franke, Professor Dr. Alfred Ranes; als technische Berater der Arbeiterverbände sind bestimmt die Arbeitersekretäre Abgeordneter Erlesen und Trauer, sowie Gertrud Hanna; Beirat für den Unternehmervertreter ist Dr. Fanzler.

Die Liste der Teilnehmer bietet ein getreues Spiegelbild der Zusammensetzung des ganzen Kongresses. Die Vertretung der Interessentengruppen verurteilt die Vertreter der Arbeitererschaft von vornherein zur Rolle einer einflusslosen Minderheit, ein Zustand, an dem die deutsche Regierung allerdings nichts ändern konnte, und der sofort von den deutschen Gewerkschaftsvertretern als ungerecht beurteilt worden ist. Es ist zu erwarten, daß die Beschlüsse der Konferenz diesem Uebergewicht der Regierung- und Unternehmervertreter entsprechen werden.

Die Konstituierung des Bureaus.

H. N. Washington, 1. November.

Die amtliche Mitteilung über die Eröffnung der Arbeitskonferenz besagt, daß die Konferenz das Bureau zu sammensetzte. Der amerikanische Arbeitsminister Wilson wurde zum allgemeinen Präsidenten gewählt. Als Vorsitzender der drei Gruppen wurden gewählt: Barnes für die Regierungsguppe, Jules Carlier für die Arbeitgeber und Youhaug für die Arbeiter. Der innere Ausschuss setzt sich aus 12 Mitgliedern zusammen, die wiederum Vertreter der verschiedenen Staaten sind. Die 12. Stelle in diesem Ausschuss wurde offen gelassen, damit einem Deutschen dieser Posten angewiesen werden kann.

Hugo Haase.

Die Erwartung des behandelnden Arztes, Prof. Rottter, daß das Fieber über Nacht abflauen werde, ist in Erfüllung gegangen. Die Temperatur betrug heute morgen 37 Grad. Doch ist dadurch keine Besserung im Befinden unseres Führers eingetreten. Genosse Haase hat die Nacht sehr schlaflos verbracht.

Warum wir für Moskau sind.

Von Paul Schwenk.

I.

Die Parteidiskussion über unsere Stellung zur Internationalen hat im wesentlichen drei Auffassungen zutage gefördert. Die eine davon, vom Genossen Hilderding vertreten, verlangt, wir sollen in der zweiten Internationalen bleiben, vorausgesetzt allerdings, daß die Moskowschisten ausgeschlossen würden. Unser Verbleiben gäbe uns die Möglichkeit, auf die in revolutionärer Entwicklung begriffenen Sozialisten der Entente-Länder — Frankreich, England, Amerika — dauernd in unserem Sinne, d. h. in der Richtung auf die Weltrevolution, einzuwirken und mit ihnen gemeinsam eine leistungsfähige Internationale zu bilden. Für den Fall, daß der Ausschluß der Moskowschisten nicht erzwungen werde, sei unser Ausscheiden ganz selbstverständlich; wir würden dann aber die radikalen Elemente mit uns reißend.

Diese Auffassung übersehen zwei wichtige Umstände. Die vergißt, daß die deutschen Sozialimperialisten in der zweiten Internationalen leider nicht allein stehen, obgleich sie in ihrer preußisch-deutschen Eigenart einzig und unvergleichlich sind. Neben ihnen stehen wir die Thomas, Rensdell, Sanderson usw. Diese sind zwar anders einzuschätzen als die Sozialdemokraten; ihre Haltung ist im Hinblick auf die verbrecherische deutsche Politik zu begreifen, aber zu entschuldigen ist sie nicht. Sie hat weder mit Sozialismus, noch mit Internationalismus etwas gemein. Sollen wir uns diese Leute dauernd als hemmendes Uebergewicht ans Bein binden? Denn daß sie ihren während des Krieges eingenommenen Standpunkt reiflos ausgegeben hätten und wirklich revolutionäre, international gerichtete Sozialisten geworden wären, dafür sind sie uns den Beweis bisher schuldig geblieben.

Die — wenn auch bedingten — Befürworter von Genf übersehen ferner, daß die zweite Internationale nur noch ein Leichnam ist, ein morsches Trümmerstück, von dem sich gerade die lebensfähigsten und kraftvollsten, weil revolutionären Glieder längst gelöst haben. Dies hat zur Folge, daß unser Bestreben, wenn wir in der alten Internationale bleiben wollten, um sie mit revolutionärem Geist zu erfüllen, sie für den Weltkampf gegen den internationalen Kapitalismus befähigt zu machen, von Anfang an wenig erfolgversprechend sein würde.

Die U. S. P. D. käme aber auch gegenüber den bereits ausgeschiedenen und zum Teil an die dritte Internationale angegeschlossenen revolutionären Gruppen in eine schwierige Lage. In unserer Anschauung, grundsätzlich, stünden wir auf dem gleichen Boden wie sie, gehörten jedoch einer Organisation an, die ihnen rivalisierend, wenn nicht gar feindlich gegenüberstehen würde. Das müßte zu den schwersten Konflikten in unserer Partei, zu deren Verfall führen. Dem internationalen Befreiungskampf wäre damit in keiner Weise genützt. Im Gegenteil. Die Partei und unsere Sache würden unberechenbaren Schaden erleiden. Wir würden unseren guten Namen dazu hergeben, eine faule Sache zu decken. Denn oberhalb ist sie, das hat Lugern bewiesen. Dort hat man sich — ganz wie früher — im Schweiße des Angesichts abgemüht, für die Entschlieungen Formulierungen zu finden, die jedem gerecht würden, also keinen befriedigen konnten, insbesondere den Freund von Klarheit und Bestimmtheit nicht.

Kautsky sieht ja (in seinem Artikel „Judas in Luzern“) gerade darin einen Vorzug: „daß sie, die zweite Inter-

*) Die Darstellung des Genossen Schwenk könnte leicht zu einer irrthümlichen Auffassung von Hilderding's Stellung Anlaß geben, da sie seine Meinung nicht ganz klar wiedergibt. Wir fügen daher den Schluß der Rede bei, die Hilderding auf der Luzerner Konferenz gehalten hat, da sie seinen Standpunkt schärfer kennzeichnet. Genosse Hilderding äußerte aus:

Wenn die Internationale die Einheit schaffen will, so kann sie sie nur schaffen, wenn sie sich auf den Boden der revolutionären sozialistischen Entwicklung stellt. Das ist das entscheidende Problem, da ist das Problem, das der fünfte Kongreß der Internationale zu entscheiden haben wird. Bis dahin müssen wir unsere Stellungnahme offen lassen. Wenn die Internationale auf einer Grundlage errichtet wird, die tatsächlich die revolutionären Kräfte des Proletariats zusammenfaßt und sie zu gemeinsamen Aktionen fähig macht, dann wird diese neue Internationale das sein, was wir immer gehofft haben, dann wird wahr werden können, weil die Situation sich unterdessen revolutionär gestaltet hat, was wir von der zweiten Internationale immer gegungen haben, dann wird es möglich sein, daß die Internationale die Menschheit sein wird. Die Befreiung der Menschheit ist aber eine Sache des Kampfes; die Internationale muß Kampfesorganisation werden, und sie kann nicht in ihren Reihen Ueber haben, die in diesem Kampfe nicht auf der Seite des Proletariats, sondern auf der Seite der Bourgeoisie gegen das Proletariat stehen.

nationale, keine politische Organisation des proletarischen Klassenkampfes ausschließt, auch die Bolschewisten nicht. Das war aber gerade der gewaltige Fehler, an dem die zweite Internationale krankte, daß sie die unvereinbaren Strömungen vereinigen wollte. Sie wurden zwar rein äußerlich zusammengeführt, aber auf Kosten der inneren Kraft und der Aktionsfähigkeit. Das Entschwinden der Satamorgana, die wir uns selbst vorgeliebt hatten, sollte uns wahrlich davor schützen, denselben verhängnisvollen Fehler noch einmal zu begehen.

Die Auffassung, als ob aus der zweiten Internationale noch jemals ein lebens- und besonders leistungsfähiges Gebilde entstehen könnte, wird heute auch nur noch von einer immer mehr zusammensinkenden Minderheit vertreten. Es hat sich im Laufe der Parteidiskussion allmählich ein bemerkens- und begrüßungswürdiger Wandel vollzogen. Sollte anfänglich die Fragestellung gelautet: „Zweite oder dritte Internationale?“, so gibt es heute für die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen als selbstverständlich, daß wir uns auf keine ausschließlichen Verträge mit der Zweiten einlassen dürfen, sondern sofort auszuscheiden haben.

Worüber gegenwärtig in der Hauptsache noch die Meinungen auseinandergehen, ist die Frage, ob wir uns der dritten Internationale anschließen, oder eine neue — also vierte — bilden sollen. Davon soll in einem zweiten Artikel die Rede sein.

Die christlichen Gewerkschaften.

Der Jahresbericht für 1918, den der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften im „Zentralblatt“ veröffentlicht, liefert den treffenden Beweis, daß die christlichen Gewerkschaften, trotz Krieg und Revolution, die alten treuen Geloten des Unternehmertums geblieben sind. Der Bericht ist aber auch zugleich eine so köstliche Mischung von Ironie und Berlegenheit, daß es sich lohnt, einigen seiner Kernstellen zu größerer Verbreitung zu verhelfen. Um die Berlegenheit darüber, daß die im Bericht angeführten Zahlen recht wenig ermutigend sind und, verglichen mit dem rapiden Wachstum der freien Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften als bedeutungslose Gebilde darstellen, zu bemänteln, umgibt der Bericht die Zahlen mit einem Luft von begleitendem Text. Nach dem Bericht zählte der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften am Schluß des Jahres 1918 238 559 Mitglieder. Die noch veranschaulicht — oder unveranschaulicht — „Germania“ verschweigt diese Zahl ganz und erklärt, daß der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften über 1 000 000 Mitglieder zähle, ohne indes einen Hinweis für diese Zahl anzugeben.

Die Erkenntnis, die die christlichen Gewerkschafter aus der Revolution, die nach dem Bericht in einer „Ueberhäufung mit Rechten“ und aus einer Verzerrung des „Zusammenlebens ins Brutale, Kroche und Rücksichtslose“ besteht, gewonnen haben, spiegelt sich am treffendsten in den folgenden Sätzen des Berichts:

„Die dringendste Notwendigkeit der Stunde ist, daß sich die vernünftige Arbeiterschaft in den großen Gewerkschaftsrichtungen unter Abstoßung der extremen Elemente wiederfindet zu einem Zusammengehen mit dem Unternehmertum, das auch dieses Leben läßt.“

Und darum war die größte Glückseligkeit für die christlichen Gewerkschafter, das Zustandekommen der bekannten „Arbeitsgemeinschaft“. Der Bericht erklärt dazu:

„Hier war eine Grundlage gegeben, die unserem Volk in seiner kritischen Zeit mehr hätte nützen können als die glänzendsten politischen Errungenschaften, als Parlamentarismus, republikanische Staatsform und wer weiß was sonst noch. Es wäre wenigstens möglich gewesen, eine Ueberspannungswirtschaft einzuleiten, die uns vom schlimmsten Abgrund fernhielt.“

Und darum klagen die Christen die freien Gewerkschaften zornbeugend an, daß sie vom Radikalismus „durchdrungen“ seien und nicht die Kraft besitzen, „den sozialistischen und kommunistischen Welterbeiten und der Regellosigkeit der Unabhängigen“ die Tür zu weihen. „Die Arbeitsgemeinschaft“, bemerkt die „Germania“ dazu, „zwischen den Verbänden der Unternehmer und Arbeiter, die so ver-

schlungen worden“ eingestrichelt hat, konnte unter all den Einwirkungen nicht zu der nötigen Auswirkung kommen.“

Sollen alle diese Reden auf eine allmähliche Loslösung der Christen aus dem Bunde mit den freien Gewerkschaften, der durch die gemeinsame Beteiligung beider Richtungen an der „Arbeitsgemeinschaft“ zweifellos besteht, vorbereiten? Wenn auch dieses Bündnis nur ein recht loses ist, so könnte es für die Christen doch recht unangenehme Verpflichtungen der Solidarität in sich schließen, falls es in einem Gewerbe, in dem die christlichen Organisationen eine Rolle spielen, zu einer durch die Führung der freien Gewerkschaften funktionsierten Streikbewegung kommen sollte. Wollen die Christen durch ihr Horngepöhl über die radikale „Verleumdung“ der freien Gewerkschaften sich ihrer Bündnispflicht entheben erklären und die Arbeiterkassen schon rechtzeitig darauf vorbereiten, daß sie die Christen eines Tages wieder die Rolle der Streikbrecherorganisation spielen sehen wird? Wollen die Christen der Welt zu versprechen geben, daß ihren auch heute noch das „Zusammengehen mit dem Unternehmertum“ höher steht als die Solidarität mit ihren Arbeitsbrüdern?

Die Vorpänge bei der Einigung der Berliner und der Kölner Richtung und die Beschlüsse der Verschmelzungskonferenz geben weiteren Anlaß zu solchem Verdacht. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir in den Tiraden des Berichts eine Vorbereitung der Kölner zu einer gewissen Anpassung an die Bedürfnisse der rein katholischen Berliner erblicken.

Wie wenig den christlichen Brüdern zu trauen ist, zeigt folgende Auslassung des Berichts zum Schlußwort:

„Es muß möglich sein, auch die Regelung der Arbeitszeit so zu gestalten, daß sie unserer Konkurrenzfähigkeit nicht die letzte Spitze abbricht. Es ist einfach lächerlich, alles in die Schablone des Achtstundentages hineinzupressen zu wollen. Man braucht sich nur etwas umzusehen, um zu erfahren, wie wenig die freie Zeit heute zu wirklich erhebender und bildender Ruhe ausgenutzt wird.“

Aber auch die Christen selbst fühlen sich von der radikalen Verleumdung bedroht und ihr lodernder Zorn dürfte nichts anderes sein, als der Widerchein der Betrübniß darüber, daß ihnen unter den Einwirkungen revolutionären Erlebens zahlreiche Schicksale davongelassen sind. Sehr verächtlich ist folgender Satz des Berichts:

„Es muß endlich die Zeit vorbei sein, wo sich auch christliche Arbeiter in den Geleisen des verderblichen Radikalismus bewegten. Wir verlassen von unseren Mitglie dtern aufbauenden Willen und entschlossene Abwehr aller Sucht zum Niederreißen. Märtyrergeist muß in unseren Reihen wieder lebendig werden!“

Entschlossene Abwehr und Märtyrergeist! Was sich dahinter verbirgt, lehrt die Geschichte der christlichen Gewerkschaften.

Zum Metallarbeiterstreik.

Ein deutscher Wink.

Die Haltung der rechtssozialistischen Metallarbeiter zu der neuen kritischen Wendung der Bewegung ist dem „Berliner Tageblatt“ auf die Schwarzmalereien gefallen, ein deutliches Zeichen dafür, daß man in Unternehmerkreisen große Hoffnungen auf die politische Uneinigkeit der Streikenden gesetzt hat. Nun, da die Solidarität der Arbeiter sich trotzdem bewährt, ist man enttäuscht. Worin die Rechtssozialisten unter den Metallarbeitern leben können, daß ihre Haltung, die uns übrigens nicht übertrifft, da wir sie für eine Arbeitergruppe, die in so wichtiger und entscheidender Kampfposition steht, für selbstverständlich halten, durchaus im Interesse der Arbeiterchaft ist. Wenn ein reaktionäres Blatt, wie das „Berliner Tageblatt“, schreibt, die rechtssozialistischen Metallarbeiter ließen sich von „Unabhängigen und Kommunisten ins Schlepptou nehmen“ — so spricht daraus eine verlegende Geringschätzung der Urteilsfähigkeit der Arbeiter, daß sich die Rechtssozialisten so etwas ernstlich verbitten sollten. Eine letzte matte Hoffnung knüpft das

Blatt der Unternehmer daran, daß in der gestrigen Sitzung noch kein Beschluß gefaßt worden sei. Worin die rechtssozialistischen Metallarbeiter leben können, wie der zu erwartende Beschluß beschaffen sein muß, wenn er — nicht das „Berliner Tageblatt“ befriedigen, sondern den Platzwändigkeiten der Bewegung entsprechen soll.

Englische Regierungskampagne.

Amsterdam, 31. Oktober.

Der parlamentarische Korrespondent des Times berichtet, daß die englische Regierung beschlossen hat, zur Stärkung ihres Prestiges, das während der letzten Monate stark gelitten hat, im ganzen Lande eine Kampagne zu beginnen, die von Lord George und Bonar Law geleitet werden soll. Es sollen zwischen dem 15. November und 15. Dezember im Ganzen 200 Massenversammlungen veranstaltet werden, in denen Minister als Redner auftreten werden. Die ganze Koalitionsmaschinerie wird für diesen Plan in Bewegung gesetzt. Den Industriezentren wird besonders Aufmerksamkeit gewidmet werden. In London werden Lord George und Bonar Law in Gegenwart sämtlicher Minister Reden halten.

Nachspiel zu Scapa Flow.

H. N. Paris, 1. November.

In der Sitzung vom Donnerstag hat der Oberste Militärrat die Verletzung der deutschen Flotte bei Scapa Flow behandelt. Im Laufe der Debatte wurde von englischer Seite zugegeben, daß man nachlässig gewesen sei. Es wurde darum beschlossen, daß England auf seinen Anteil an deutschen Kriegsschiffen verzichten und Frankreich genau die Zahl der Schiffe erhalten soll, die es bei einem vollständigen Vorhandensein der deutschen Flotte zugewiesen bekommen hätte.

Wahlkundentag in Holland.

Haag, 31. Oktober.

Die Erste Kammer hat einstimmig die Gesetzentwürfe, die einen Wahlertag von acht Stunden und eine Wahlwoche von 48 Stunden vorsieht, angenommen.

Abbruch des Minister Generalstreiks.

Brüssel, 1. November.

Der Minister Generalstreik wurde gestern mittag 12 Uhr für abgebrochen erklärt. In einer Verhandlung am Freitag mit dem Regiererrat wurden die wirtschaftlichen Fragen für angenommen erklärt. Die politischen Fragen sollen durch eine Kommission an zuständiger Stelle in Königsberg besprochen werden.

Kleine politische Nachrichten.

Die in London stattfindende Konferenz zur Befestigung des Hungersnot wird einen privaten Charakter haben. Aus Deutschland werden daran teilnehmen: Bernstein, Professor Bonn und Professor Brentano.

Die Mittel für die Baukostenbestimmungsausschüsse sind, wie das Ministerium für Volkswohlfahrt mitteilt, für diese Periode erschöpft. Die bisherigen Bundesratsbestimmungen über die Bewährung solcher Ausschüsse gingen von der Voraussetzung aus, daß die Verrechnung der Baukosten nur eine vorübergehende Erscheinung sein würde. Diese Annahme hat sich nicht bewährt. Die Bestimmungen können daher in ihrer bisherigen Form nicht beibehalten werden, da daraus eine übermäßige Belastung der öffentlichen Kassen entstehen würde. Andererseits kann es nicht zweckmäßig sein, daß auch weiterhin durch Beiträge ein Anreiz für die Wohnungsbaupflicht gegeben werden muß. Verhandlungen über eine Neueingestaltung dieser Frage sind, wie wir hören, in den zuständigen Ministerien bereits im Gange. Sie werden mit aller Beschleunigung geführt, so daß in kürzester Zeit bereits mit dem Erlass neuer Bestimmungen zu rechnen ist. Vor Wendigung dieser Beratungen kann eine Entscheidung über neue Beiträge auf Bewährung von Nebenerwerbsschüssen nicht mehr erfolgen. Auch persönliche Verhandlungen in dieser Hinsicht an den zuständigen Stellen sind zur Zeit nutzlos; es kann daher nur empfohlen werden, irgendwelche Klagen aus solchen Gründen zu unterlassen und die dafür entbehrlichen Kosten zu sparen.

Proletarierelend.

Den Flur des Schulhauses durchhallt lautes Weinen. Ich läche nach dem Schreihals.

Ein kleines, reiches Bürschchen auf dem Arme der Mutter. Ein Tränen gebadet.

„Warum weinst denn der Kleine?“

„Er hat Angst. Er will nicht in den Kindergarten.“

„Ach versuchs, das Arviden zu bekommen.“

„Weine nur nicht, mein Jungchen! Was doch mit Muttern in die schöne warme Stube.“

Er wendet das Köpfchen vom Hals der Mutter. Buerst noch berängstigt. Dann verduht. Die Tränen versiegen. Ein leichtes Lächeln leimt auf.

Die Maid und stand er aufschaut! Und so schwach. Er lehnt den Kopf wieder an die Schulter der Mutter.

„Wie alt ist er denn?“

„Sechs Jahr. Er kann noch nicht in die Schule. Ist zu krank.“

„Auch? Ist denn schon einer tot?“

„Ja, dessen Bruder ist vor zwei Monaten gestorben. Er war ein Jahr älter.“

„Ist denn keine Hilfe? Oder liegt die Krankheit in der Familie? Sind Sie denn krank?“

„Nein.“

„Ist denn?“

„Nein, der war tot. Ist 1914, gleich im Anfang, gefallen.“

„Sind Sie nicht unterrichtet worden?“

„Ja. Aber es hat nicht ausgehört. Wir haben keine Verbände auf dem Lande. Die Kinder sind krank geworden. Welche Lungenkrank.“

Die Mutter spricht das alles mit so erschütternder Ruhe. So selbstverständlich klingt alles. So längel abson. In weit verfantomer Caus. Ein durch Schicksalsgrausamkeit taglos gewordenes Stillsein. Und kumpfes Errögen. Nur ihre Hände gucken. Neßeln an ihres Araden Knag.

„Bringen Sie den Kleinen zum erstenmal zum Kindergarten?“

„Nein. Er schreit immer so. Das Fräulein ist so ganz gut. Aber er hat doch Angst.“

„Ja. Wer denn auch ich ihn noch — entschuldigen.“

„Und ist nicht nötig.“

„Sie geht.“

Der Kleine kummert sich zufrieden an ihr fest. Sie schlägt das Tuch um ihn. Um den kleinen lebenden Heißman. Um ihren letzten Daseinsrost.

Durch die Ernschen wandelt das Herzgeleb. Niemand sieht es. Niemand hört es. Und schreit doch so laut, so laut.

Proletarierelend!

Kambrosink

Gedanken eines Arbeiters über Kunst.

Von Willib Metz.

Die Worte Ernst Tollers, die er aus der Gefangenschaft an die Oessentlichkeit gerichtet hat: „Mein Stück gehört nicht dem Kunstliebhaber, sondern dem Arbeiter!“ sind erschütternd in ihrer Wirkung auf jedes empfindsame Gemüt. Die Tragik, die in seinen Worten liegt, erklärt sich aus den Umständen, unter denen er sie an die „Freiheit“ gerichtet hat.

Es ist leider häßlich das Los aller Dichter gewesen, daß sie den Weg zum Volke meistens nie erlebt haben; als ich die ersten vortersprechenden Anknüpfungen der „Tribüne“ in den Weltungen und namentlich an den Ausschlagsäulen zu Gesicht bekam, da hatte ich gleich das bessere Empfinden: Bekam, für eine Rede-sache für die Kreise im Westen. Meine Vermutung hat sich denn auch bestätigt.

In meinen Kreisen weiß man aus Erfahrung, daß die Kunst dem Volke sehr häufig nur in pompösen Anknüpfungen darge-seht wird. Kommt man aber wirklich für billiges Geld ins Theater, dann geht man in zehn Fällen neunmal enttäuscht nach Hause. Dies hat seine Ursache darin, daß die Veranstalter in erster Linie ein gutes Geschäft machen wollen; der eigentliche und ursprüngliche Zweck eines dramatischen Kunstwerkes, wie er vom Dichter beabsichtigt war, kommt erst in zweiter Linie und wird in der Wehrzahl der Fälle gar nicht erreicht.

Die Theatermisseteilt schreibt nachgedröde zum Himmel. Dies wissen nicht nur die Fachleute, dies wissen auch wir, die Arbeiter. Die übergroße Wehrzahl der Kaspertheaterstücke der Berliner Theater lehne ich glatt ab: Nüch, Madawert.

Das Volk hat keine dramatische Kunst. Wo ist die Stätte

zur „Reinigung seiner Leidensdalen?“ Am Kunstliebhaber kann viel leicht? Ach nein! Die Stätte ist öde und leer. Aber sie wird sich beleben eines Tages mit Gehalten aus der Tiefe zum Gestirnen der „Hochkulte“.

Eine Revolution ist notwendig, um uns eine dramatische Kunst zu schaffen. Der Dichter muß, wenn er bei Bescheiden den Weg zum Volke finden will, sein Volk sprechen durch das Volk selbst. Kunst darf kein Beruf sein. Die Kunst soll sein eine händige Begleiterin jedes Menschen, sein ganzes Leben hindurch. Freilich, nicht jeder ist berufen zum Schaffenden, zu Genießenden, indessen alle, und die Verursachen, die heute die Kunst als Handwerk ausüben, werden über meine Ideen den Kopf schütteln. Ihnen ist zu erwidern, daß im Erbe des Volk: ungrahals Kräfte vorhanden sind. Es ist aber die Frage aufzuwerfen, wie diese Kräfte und ob sie gehoben werden können, und diese Frage möchte ich bejahen. Ich denke mir die Lösung allerdings nicht durch die Errichtung von Theater-Theatren-Klimmborgereins-meiserei; ich denke mir die Lösung sehr einfach:

Was würde man dazu sagen, wenn Ernst Toller morgen frei wäre und bekäme und sich die Wohlkosten seines Spiels aus dem Volke zusammensuchen würde und zu ihnen sagen würde: „Kommt, Freunde, ich habe ein Stück abgeout, wir wollen es dem Dichter und dem Volke lebendig machen, wir wollen es spielen aus Liebe zur Kunst und aus Liebe zum Volke.“ Und eines Tages hätten wir eine dramatische Kunst, irgendwo in einem großen Raum, eine primitive Bühne, etwa auf Chalesproeseche Weise, bald im Norden, bald im Süden, durch das Volk, für das Volk.

Die Herren Theatredirektoren werden über den „Diktionsli-mus“ lächeln, darum kann man: Kunst nicht öde sein. Inkonstent-heit beschalt nicht, weil die Jür:affen darunter rein künstlerische Werke mit der We messen. Die können ihnen geben die zahl-reiche Kunst der Bühnenliteratur; es soll ja ab und zu vor-kommen, daß einmal ein Dichter darunter ist.

Diesemigen Intellektuellen aber, die uns in unserer Selbst-hilfe mit Rat und Tat zur Seite stehen wollen, sollen uns will-kommen sein.

„Blühende Kunst und Volksschule“ (Verlag Ewert, Mar-burg) von Dr. Ernst Beh heißt eine gut gemeinte Schrift. Aber diese wohlgemeinte Agitation für Vermittlung der großen Kunst-werke aller Zeiten durch die Volksschule an die Jugend führt

Deutsch-Österreichischer Parteitag.

Eigener Drahtbericht der Freiheit.

Der Unter massenhaften Beteiligung trat heute vormittag im Gesellschaftsraum des Arbeitervereins der erste Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie zusammen. Vorsitzender des Tages war der Parteivorsitzende, Dr. Viktor Adler. Zur Würdigung des Parteitagestages führte er aus: Die Arbeit, die wir beginnen, vollzieht sich unter weitestgehend anderen Bedingungen als jene früherer. Die alte Monarchie ist nicht mehr. Wir haben ein neues Haus gebaut, das nicht ein fremdes für uns ist. Dadurch sind wir aus einer Partei, die dem alten Staat treu geblieben war, zu einer Partei geworden, deren Mitglieder an der Regierung selbst teilnehmen. Wir haben unser Ziel, das unverändert bleibt, nicht geändert. Wir haben den Klassenkampf, der die Grundlage aller unserer Aktionen ist, nicht aufgegeben, wir haben neue Mittel und neue Formen für den Klassenkampf gewonnen und werden ihn härter und entschiedener fortführen.

Der Zusammenbruch der alten Monarchie erfolgte schon am 2. November, als der ehemalige Kaiser seinen Oberbefehl über die Truppen niederlegte. Der 12. November bedeutet nur die formale Erhebung Österreichs zur Republik. Wir empfanden es als unsere Pflicht, aus dem Zusammenbruch zu ziehen, was zu ziehen war und so rasch als möglich jene Kräfte zu schaffen, die für die künftige Entwicklung bestimmend waren. Wir erklärten damals förmlich die Sprachgrenzen als die Grenzen der Republik, aber das Wort Wilsons vom Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde verraten. Wir mußten abschied nehmen von unseren Brüdern in den Südslawenländern, Böhmen, Mähren und Galizien, Abschied nehmen von unseren Brüdern in Südtirol, im südlichen Steiermark und Kärnten. Wir mußten uns der Gewalt der Waffen und Sieger beugen, aber wir wissen, daß die Geschichte niemals abschließt. Wir wissen, daß wir ungetrennt sind, daß die Bande der Kultur, der gemeinsamen Daseins und Fühlens nicht zerreißen werden können.

Im Namen der deutschen Reichssozialisten spricht Weiss: Auch wir fühlen uns als ein Stück der Internationale. Der Friede, der den Völkern anverlangt wurde, ist nicht der Deutschen. Er ist ein Krieg, aber nicht Friedenskrieg. Der Hunger war die Ursache, aus der die Revolution bei uns und bei ihnen entspringen ist. Die Revolution, die den Arbeiter die politische Macht gebracht hat, hat den Hunger nicht beseitigen können und gestattet die Verhältnisse für Österreich noch immer als für uns. Warum wir so aber beiseite, in die Feindschaft der Partei. Wir loben die Energie der Arbeiterbewegung, unter solch hohem G. V. erklären. Sie war die Springschuppe unserer Kraft. Sie führte uns von dem Kampf um Kampf, um Sieg zu Sieg. Alles, was unserer Mission hinderlich entgegenkam, alles, was zwischen uns und dem Sozialismus stand, haben wir beseitigt. Die Spaltung der deutschen sozialdemokratischen Partei. Wir sprechen lieber nicht mehr miteinander, sondern gegeneinander. Es ist der Ausdruck der tiefen Trauer, der uns diese Worte auf die Lippen legt. (Beifall.)

Grübeln, mit kühnem Beifall begrüßt, richtet folgende Begrüßungsworte an den Parteitag: Als der Krieg im Jahre 1914 den Sozialismus zu Boden geworfen hatte, gab es in Österreich Sozialdemokraten, die ihrer Überzeugung treu geblieben waren und unter schweren Opfern für die Verteidigung des Kampfes gekämpft hatten. Sie waren damit den Beschüssen der Internationalen preisgegeben. Als es uns nicht mehr möglich war, in der alten Organisation unserer Überzeugung Ausdruck zu geben, haben wir keine Wahl, als in Deutschland die Sozialdemokraten um die Krone der internationalen Sozialdemokratie zu sammeln. Wir haben aus dem tiefen Danks, daß die Sozialdemokratie, die Menschheit nicht verweigern möge an den großen Ideen des internationalen Sozialismus, geklärt und gehandelt und stehen noch heute in schwerem Kampf. Wir haben die Arbeitermassen mehr und mehr auf dem Boden der Einigkeit gesammelt, der allein fruchtbringende Taten auslösen kann, wenn sie auf

dem Boden der Grundzüge der inneren Einigkeit auf Überzeugung erfolgt

und nicht äußerlich rein formal sind.

Der Krieg ist trotz Friedensverträgen nicht zu Ende; wenn das kleine Österreich wirtschaftlich nicht leben und politisch nicht bestehen kann, so ist das nur eine scheinbare Selbständigkeit. Österreich soll Sklave der Ententeimperien werden. Wir fordern die Vereinigung Österreichs mit Deutschland, die nach unserer besten Überzeugung kommen wird. Ich sehe den Tag vor mir, wo wir mit den deutsch-österreichischen Mitgliedern zusammen besetzen wer-

nicht zum Ziele. Das Ziel ist: die künstliche Passivität des Volkes aufzuheben. Das Volk, solange es nur immer als stummer Zuschauer betrachtet, was andere - Künstler - geleistet haben, wird immer nur tiefer in den Abgrund sinken, es sei seine Rolle die eines allgemeinen Beobachters. Nein, seine Aufgabe ist, selbst wieder zu produzieren. Und dazu braucht es von Dürer und Raffael gar nicht zu wissen, wenn es nur selbst wieder Bildner ist und Formungsdrang besitzt - wie einst Die Bauhandwerker, die Zimmerleute, die so künstliche Ornamente und Figuren schnitten, malten und modellierten - etwa an den alten Wandgemälden - es ist von ihrem Zeitgenossen Dürer überhaupt etwas wußten! Ich bezweifle erst recht, daß sie sich um die großen Meister der Vergangenheit satter Freiten und Wälder sehr gekümmert haben. Wären sie daran das Wort gefehlt, so wären wir vermutlich wenig elagie Lyriker von ihnen übernommen haben - und sind diese und noch immer existierenden eigenen Arbeiten nicht unendlich viel mehr wert, als jene Kenntnisse um die Kunst der anderen. Die sie doch mit in den Berg genommen hätten! Alles in allem: die menschlich durchsichtige und gewinnende Schrift ist etwas zu "gerade" ausgefallen, sie "perdet" allzu sehr. So übertrifft mich die Behauptung, es hätten in der Darstellung der Frauenwelt durch die Antike rohe, sinnliche Züge vollkommen gefehlt. Ich glaube, daß sie die Antike doch langweiliger, als sie war.

H. B.

Zur Ausschließung der Schundfilme aus den Kinos schlägt der Verein der Lichtbild-Theaterbesitzer Groß-Wien und der Provinz Erhebung einer freiwilligen Zensur vor, die von einer Kommission ausgeübt werden soll, bestehend aus drei Kinobesitzern, einem Kultusbeamten und einem vom Berliner Polizeipräsidenten zu bestimmenden Herrn. Eine Gewerbesteuer der Kinos soll auf dem Markt durch solche "berufsbildende" Filme für nicht zu erzielen sein. Die Urteilsfähigkeit dieser interessierten Hochschule geht schon zur Genüge aus einem Schreiben hervor, das ein der höchsten Filmgesellschaften heute zusetzt, in der beherrschende und unterhaltende Filme als Teil des Programm des Wagnerspiels verprochen werden mit der Begründung, dadurch würde den "Sozialisierungs- und Kommunalisierungsanstalten das Wasser abgegraben", denn die Hauptargumente, daß das Kino nicht belehrend wirken könne in Fortfall. So einfach und bequem liegen die Dinge

den oder unsere Rechte. Ich sehe aber auch den Tag vor mir, wo alle die Grenzen fallen werden, die vom Kapitalismus aufgezogen sind, um die Völker zu trennen, wo der Völkerverein entstehen wird kraft der internationalen sozialistischen Weltrevolution. (Stürmischer Beifall.)

Einleitend begrüßt den Parteitag namens der tschechoslowakischen Arbeiterpartei. Wir haben vom alten Österreich das nationale Problem geerbt. Wir wollen unsere ganze Kraft daraufsetzen, daß wir gemeinsam mit dem deutschen Proletariat für die sozialistischen Ziele kämpfen.

Seliger gibt namens der deutschen Sozialdemokratischen Tschechoslowakiens in bewegten Worten dem Schmerz über die Trennung der früheren gemeinsamen Partei Ausdruck. Wenn uns die Gewalt von einandergerissen hat, so wissen wir, daß die Gewalt keinen ewigen Feind haben kann und daß über die Gewalt die wahre internationale Friedensarbeit des Proletariats triumphieren wird. Wir hoffen, daß die Stunde kommen wird, die die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakie mit euch Sozialdemokraten Österreichs in der großen Gemeinschaft des gesamten deutschen Proletariats in dem großen freien sozialistischen Deutschland vereint.

Kommunalwahlfrage.

Während die rechtssozialistische Presse seit einiger Zeit der Massenflucht aus dem eigenen Lager durch afterhand Rechnungen über die Rückkehr rühmlicher Siege aufzuhalten sucht, werden wir durch den Gang der Ereignisse Aufregungen über Christen verabsichtigt. In Pörsheim haben wir uns aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, bei den am Sonntag stattgefundenen Kommunalwahlen unsere Partei 908, die Liste der Rechtssozialisten 204, das Zentrum 778 und die Beamtenvereinigung 287 Stimmen erhalten. Danach entfallen auf unsere Partei 7, auf die Rechtler 3, auf die Zentrumler 6 und auf die Beamtenvereinigung 2 Sitze. Von 2746 Wahlberechtigten haben 2282 ihr Wahlrecht ausgeübt.

In Siebisch stellt sich das Wahlergebnis wie folgt: U. S. P. 2173, Rechtssozialisten 248, Vereinigte Bürgerliche 3172. Gegenüber den Wahlen von 1900 zeigt das für unsere Partei einen Gewinn von 1200 Stimmen. Die Rechtler verloren 1650 und die Bürgerlichen 2200 Stimmen.

Ueber diese Art "Schwinderei" wird die U. S. P. sich nicht zu beklagen brauchen. Antimalen sie dabei rote Baden und pralle Russen bekommen.

Wieder einmal erlogen.

Vor etwa 14 Tagen rouschte es wieder einmal im ganzen deutschen Reich, daß ein nach der Ukraine unterwegs befindliches deutsches Flugzeug sich von Czerechlesien aus über polnisches Gebiet verfliegen habe und in Sankt Petersburg, in den nördlichen Skapoten, von den Polen abgeschossen worden sei.

Nun müssen selbst rechtssozialistische Blätter (z. B. der "Kollaborator" in Kattowitz, Nr. zum 20. 10.) zugeben, daß alles erlogen und erfunden war. Das Flugzeug ist zwar zerstört worden, aber nicht durch Abschuss, sondern durch eine Explosion bei der Kollision während eines Schwaarmfluges. Die polnischen Behörden und die Bevölkerung habe sich darüber korrekt benommen. Von den meisten oberirdischen Blättern wird diese Wichtigkeit einfach eingeschwiegen.

Aus der Partei.

Stellungnahme der Mannheimer Genossen zum Parteitag.

Die Mannheimer Genossen beschließen in einer am Montag stattgefundenen Mitglieder-Versammlung nachfolgende Resolution: Die am 27. Oktober im "Rodenheimer" versammelten Mitglieder der U. S. P. Mannheim verlangen von dem am 18. November in Leipzig zusammengetretenen Parteitag den Austritt aus der 2. Internationale. Die Partei hat sofort mit den Genossen der Weltstaaten, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen, in Führung zu treten, um gegebenenfalls gemeinsam mit diesen den Eintritt zur 2. Internationale zu vollziehen.

Für die Zwecke des revolutionären Proletariats.

Eine von künstlichen Gewerkschaftskartellen und Vertretern der U. S. P. D. des Bezirks Halle, Merseburg beschickte Konferenz, beschloß sich mit der Frage, was mit dem auf Grund des langjährigen Parteitagbeschlusses angegriffenen Delegationskomitee zu geschehen sei. Eine Debatte und ein

denn doch nicht, wie sich manche Geschäftsmänner die Lösung wichtiger Probleme der Volkswirtschaft denken.

Im Zuschauerraum wurde geäußert ein "neuer" Schwanz von Otonowitsch. Der Großstadtkapitalkapitalist behauptet, der mit den meisten Mitteln der Postenabteilung auf ein anspruchsvolles Publikum großer und kleiner Dörfer spekuliert. Aber so etwas ist in Berlin noch immer möglich und wird oft genug zum "Ding" erlösen. Was hinkam, um Arnold Rief etwa als hundertjährigen Besitzer eines kleinen Samens kennen zu lernen, das sah im Postenraum doch nur den lieben alten Komiker von gestern (ohne Gefangenschaft) wieder.

Silberverkörperung. Die von der sozialistischen Künstlergenossenschaft beschlossene Aktion von Kunstwerken, u. a. über 100 Gegenstände der Schwarzweitzkunst zugunsten der Metallarbeiter, findet Montag, den 8. November, 11 Uhr, Kurfürstentempel 141 2 Treppen (Gaugewerkschule) statt. Besichtigung Sonntag 11-3. Der Betrag der Verkörperung wird ohne jeden Abzug an die Metallarbeiter abgeführt.

Eine Schöneberger Kunstausstellung. Im Schöneberger Rathaus wird am kommenden Montag, 8. November, eine Ausstellung von Kunstwerken aus dem Besitz der Stadt Berlin-Schöneberg eröffnet. Die Ausstellung bleibt bis zum 19. November, bei freiem Eintritt, nachmittags von 12-6 Uhr, Sonntag und am Vortage von 10-2 Uhr, geöffnet. Es soll auch für Vorträge und Führungen Sorge getroffen werden.

"Heiliges Proletariat". Bruno Nadel, der Dichter einer starken, religiösen, modernen Poesie, hat ein neues Gedichtbuch vollendet. Das Werk heißt "Heiliges Proletariat" und ist eine Verbindung von Kunst, Religion und sozialem Klassengefühl. Die Gedichte des Buches wenden sich direkt an die Masse und sie sollen aus der Masse gelesen werden. Demjenigen, der sich in der "Freien Welt" der Kulturwissenschaften der U. S. P. Das erste Gedicht "Sozialismus" ist in der neuen Nummer der "Freien Welt" erschienen. Die anderen werden folgen.

Ueber das Schaffen von Bruno Nadel orientiert ein faden erscheinendes Sonderheft der "Freien Welt" "Der Kunstbuch" (Verlag Graphisches Institut J. V. Neumann), das außer Proben aus verschiedenen Büchern eine Skizze über Bruno Nadel von Fritz Schilling enthält und mit Reproduktionen nach Bildern von Ludwig Meidner, Christian Rohlfs, Max Beckmann und Otto Müller geschmückt ist.

Der Berliner Volksklub veranstaltet am Sonntag, den 2. November, nachmittags 4 Uhr, in der Singakademie ein Dugobolli-Konzert unter Leitung von Paula Weinbaum und Gustav Bergmann. Eintrittskarten zum Preise von 1,50 M. sind an der Kasse zu haben.

11:15-11:30 Uhr: Der Vortrag beginnt, den Delegationskomitee aufzulösen und den Vortrag in Höhe von 2000 M. an die Kasse der Bezirksleitung der U. S. P. D. Halle abzuführen.

17. Verbandstag der Deutschen Tabakarbeiter.

Dritter Verhandlungstag.

Bremen, 20. Oktober.

Zu der Generaldebatte über die zukünftige Lohnpolitik des Verbandes wurde die Frage der Beitragsberechnung lobhaft diskutiert. Während einige Redner die Erhöhung der Beiträge im Hinblick auf bevorstehende Lohnbewegungen befürworteten, vertonen andere die Ansicht, daß in Anbetracht der an vielen Orten noch niedrigen Löhne die Beiträge nicht erhöht werden könnten. Dem war der Meinung, daß die Beiträge nur zur Aufrechterhaltung eines Kompromisses dienen sollten, da die Arbeitslosenunterstützung Sache des Staates sei, ebenso wie die Krankenunterstützung. -- Bergholz-Beipzig tritt für eine bessere Organisation des Reichs-Delegationskomitees ein. Wenn das Wort Kampforganisation im Verband nicht zur Sprache herangezogen werden soll, müsse man sich unumwunden auf den Boden des Materialismus stellen. Die Reichsdelegationskommission mit dem Unvernehmen sei höchstens zu beurteilen. Auch andere Redner traten für das Materialismus ein.

Sabann spricht Deichmann über den internationalen Tabakarbeiterkongress, der am 10. November d. J. in Amsterdam tagen wird. Er gibt einen kurzen Tätigkeits- und Rossenbericht. Die Tabakarbeiter hätten die internationale Solidarität angestrebt, die sich auch auf internationale Unterstützung bei Streiks usw. zu erstrecken habe. Fälschlich wird die Zeitschrift "Internationale Mundschau" einmal herausgegeben, von der bisher vier Nummern erschienen sind. Die holländischen und bulgarischen Tabakarbeiter-Organisationen, die sich in Händen Deichmanns befinden, sind den vereinnahmten Geldern der internationalen Tabakarbeiter-Organisationen, die in Händen Deichmanns befinden, sei aus dem Prinzip der Brüderlichkeit keine Kriegsanleihe gezeichnet worden. Nur, weil das Geld der Internationale gehört (D. Red.) Der Vorschlag des Vorstandes, Krach-Vermen als Delegierten zum internationalen Tabakarbeiter-Kongress zu delegieren, wird angenommen. Ohne weitere Debatte oder Einwendungen wird über den wichtigen Punkt, der internationale Tabakarbeiter-Kongress beschlossen. -- Bergholz-Beipzig erregt, daß den Delegierten der Fragestellung aus dem über sich als die Frage der Internationale.

Vierter Verhandlungstag.

Bremen, 20. Oktober.

Die Debatte zur Statutenberingung wird fortgesetzt. Ueber die zukünftige Lohnpolitik des Verbandes referiert Hufung, Vorstandsmitglied: Die bisherigen Lohnkämpfe lokaler Natur konnten deswegen nicht erfolgreich sein, weil die Fabrikanten häufig ihre Fabriken in andere Gegenden verlegten und somit die Erfolge illusorisch machten. Für die Tarifverhandlungen waren die kleinen Tabakarbeitervereine gewöhnlich ein Hindernis. Wir fordern den Abschluß eines Reichstages und müssen auch uns selbst dazu aufstellen, daß dieser gefaßt wird. -- In der Debatte sprechen zunächst Hermann Hirschberg und Richard Münch. Schenell-Frankfurt hält die Lohnfrage für die wichtigste des Verbandstages. Außer den Tarifkämpfen müssen wir noch Bezirksschlüsse verlangen. -- Borax-Dannover setzt sich für Vorstandskonferenzen zur Information der Kollegen ein. Sie vom Vorstand geschlossenen programmativen Beschlüssen sind ein Fehler; wir brauchen feste Lohnsätze. -- Klement-Breslau gibt zu bedenken, ob man die Erfolge nicht nur den organisierten Kollegen zukommen lasse. -- Bergholz-Beipzig: Wir aus dem Großstädten stimmen den Vorschlägen des Vorstandes nicht zu, weil in den Großstädten schon um 50 Prozent höhere Löhne bestehen. Der Achtstundentag müsse überall eingeführt werden und in den abzuschießenden Tarifsen die Gehaltsfrage eine sozialere Regelung erfahren. -- Kretzer-Köln: Zunächst müsse man die Hausarbeit beilegen, wenn man den Achtstundentag einführen will. -- Für Erhöhung der Vorstandskontingente treten Oudalla-Breslau und Klumann-Protektade ein. -- Dertoff-Dresden spricht gleichfalls für Befreiung der Hausarbeit, was aber nicht mit einem Schlag möglich sei. -- Kretzer-Köln: Berlin tritt für Abhaltung von Reichskonferenzen ein und wünscht, daß die Ferienfrage nicht von der Tätigkeitsdauer im Betrieb, sondern von der Tätigkeitsdauer im Beruf überhaupt abhängig gemacht werde. Wenn man die tariflichen Abmachungen nur für Organisierte gelten lassen wollte, würden die Unorganisierten das in ihrem Interesse ausnützen. -- Kretzer-Köln: Dahn fordert kurzfristige Tarife. -- Hufung-Hamburg tritt für Veränderung der Tarifsetzung für Sortierer, Kollator-Dresden für Befreiung der Kollatorarbeit ein. -- Dertoff-Dresden erklärt, daß er nicht wie der "Tabakarbeiter" meidet, in einer Leipziger Versammlung für Deichmann ein Vorkandidat und Viktor Deichmann von seinem Vorstandsposten gedrängt habe. Ealdes zu sagen, wäre ihm, Dertoff, schon deshalb unmöglich, weil er ja selbst "Bouge" sei. -- Bergholz-Beipzig dagegen stellt fest, daß der Bericht doch stimmt und überdies Dertoff in einer früheren Versammlung gesagt hat, daß er für die Gewerkschaftskommission eintrete. Er hätte aber die Opposition die Mehrheit, so sei Dertoff auch für diese.

Nachmittagsführung.

Rehrenbach (Oberbaden) wünscht mehr Aufklärung unter den Kollegen und Wähm (Homburg-Baden) meint, daß Voraussetzung für eine bessere Lohnpolitik die intensivere Bearbeitung der rüchständigen Gegenden sei. -- Frau Wolff (Ewer): Die schlechten Verhältnisse in unserer Gegend sind den Tabakarbeiterinnen zugunsten. Nur 30 Prozent haben die Unterstützung erhalten. Es war schwer, im beschlossenen Gebiet für die Organisation zu wirken. -- Franz (Dresden) wittert, den Antrag der Paktische Sozialisten, den Tarif nur für Organisierte gelten zu lassen, abzulehnen. Borax (Dannover) fordert, zu dem Minimallohn noch höhere Zuschläge. Renke (Dresden) unterstützt den Gedanken eines Reichstages und fordert kritische Bewertung der Meinungen. -- Mehrere Redner sprechen sich dann für Erhöhung der Vorstandskontingente aus. -- Kretzer (Schönberg) fordert außer der Vorstandskontingente noch eine Leertageszulage. -- Kretzer (Dresden) stellt fest, daß Konkreter Dertoff sich in einer Dresdener Versammlung verpflichtet habe, für den Dreißiger Antrag einzutreten; hier aber habe er das Gegenteil getan. In persönlicher Dementierung verweist Dertoff die Behauptung zu entkräften.

Nach einem Schlußwort Hufungs wird ein Antrag Klement aufgenommen, alle zu diesem Punkte erstellten Anträge dem Vorstand und der Vorstandskommission als Material zu übermitteln mit dem Wunsch, den Grundlohn möglichst nicht unter 50 M. festzusetzen.

Ein praktisches Buch

ist der

U. S. P. D.

Taschenkalender

Preis 2 Mark

Verlagsgenossenschaft "Freiheit" a. G. m. b. H. Abt. Buchhandel Berlin NW 6

